



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 29/19 • 18.07.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

seit Dienstagabend steht es fest: Ursula von der Leyen wurde am Abend des 16. Juli 2019 vom Europäischen Parlament zur neuen Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt.

Nachdem sie in den wenigen ihr zur Verfügung stehenden Tagen im Vorfeld der Wahl eine große Anzahl an Gesprächen in Brüssel geführt und am Dienstag vor den Parlamentariern eine [Rede](#) gehalten hatte, erzielte sie die scheidende Verteidigungsministerin im Europäischen Parlament die notwendige absolute Mehrheit. Sie kann damit am 1. November die Nachfolge des Luxemburgers Jean-Claude Juncker antreten.

Für die CDU-Politikerin stimmten in geheimer Wahl in Straßburg 383 Abgeordnete und machten sie dadurch zur ersten Frau in diesem hohen Amt. Nach einer knappen Dreiviertelstunde, um 18.42 Uhr, war die Stimmabgabe beendet. Dann wurden die Stimmkarten mehrfach ausgezählt. Um 19.32 Uhr gab Parlamentspräsident David Sassoli das Ergebnis bekannt.

Bei Interesse finden Sie das Dokument „Eine Union, die mehr erreichen will – Meine Agenda für Europa“ unter diesem [Link](#).

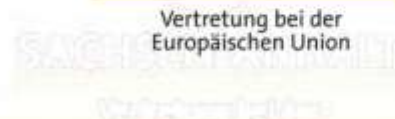
Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union



80



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäisches Parlament - Die Europawahl 2019: Eine pro-europäische und junge Wählerschaft mit klaren Erwartungen	
• Europäisches Parlament wählt Ursula von der Leyen zur Präsidentin der EU-Kommission	
• Stabwechsel im EU-Ministerrat - Finnland übernimmt Vorsitz bis Dezember	
• Europäische Kommission – Sommerprognose 2019	
• Ausschuss der Regionen – Konferenz der Kohäsionsallianz für eine starke und wirksame Kohäsionspolitik nach 2020	
• EuGH stellt Verstoß gegen Dienstleistungsrichtlinie fest	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
• Urlaub im EU-Ausland - Kostenlose Apps leisten konkrete Hilfe	
• Airbnb sorgt für klare Informationen auf seiner Website	
• EU investiert 50 Millionen Euro in Exzellenzzentren für künstliche Intelligenz	
• Handel - EU und USA setzen gegenseitige Anerkennung von Inspektionen im Arzneimittelsektor um	
<u>Was, wann, wo</u>	12
• Sachsen-Anhalt bei der Vorstellung der Institute des deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums in den ostdeutschen Bundesländern vertreten	
• Bruxelles Les Bains / Brussel Bad heißt 2019: Hello Summer	
<u>Ausschreibungen</u>	14
• EPSO – Auswahlverfahren	
• Rat – Stellenausschreibung	
• Praktikant (in) im Verbindungsbüro des Bankenverbandes Brüssel	
• Reinigungsdienstleistungen für Räumlichkeiten des EU-Hauses	
• EU-Arbeitsmarktbehörde - Kommission veröffentlicht erste Stellenausschreibungen	
<u>Kontaktbörse</u>	17
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	20
• Jeder Sachsen-Anhalter isst 12 belgische Pralinen pro Jahr!	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	23
<u>Impressum</u>	24



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Parlament - Die Europawahl 2019: Eine pro-europäische und junge Wählerschaft mit klaren Erwartungen



Das Europäische Parlament veröffentlicht erste Ergebnisse seiner Eurobarometer-Umfrage nach der Wahl

Deutlich mehr junge Menschen mit einer pro-europäischen Einstellung haben bei der Europawahl 2019 ihre Stimme abgegeben. Das zeigt eine detaillierte Eurobarometer-Umfrage, die in den Wochen nach der Wahl in allen 28 EU-Staaten durchgeführt wurde. Rund 28.000 Bürgerinnen und Bürger in der ganzen EU haben Fragen zu ihrer Teilnahme an der Europawahl und zu den Themen beantwortet, die sie zur Stimmabgabe motiviert haben.

Die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für die Europäische Union bleibt auf dem höchsten Niveau seit 1983. Das zeigen [die ersten Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage](#), die das Europäische Parlament am 12. Juli veröffentlicht hat. 68 Prozent der Befragten geben an, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat (+1 Prozentpunkt gegenüber Februar/März 2019).

Noch bedeutsamer für die demokratische Legitimität der EU ist der starke Zuwachs an Bürgerinnen und Bürgern, die sagen, dass "ihre Stimme in der EU zählt": 56 Prozent der Befragten teilen diese Ansicht, ein Anstieg von 7 Prozentpunkten seit März 2019 und der höchste Wert seit der ersten Befragung im Jahr 2002.

Die Beteiligung an der Europawahl 2019 stieg insgesamt um 8 Prozentpunkte auf 50,6 Prozent EU-weit. Das ist die höchste Beteiligung seit 1994 und EU-weit der erste Anstieg der Beteiligung an einer Europawahl seit 1979. Die stärksten Zuwächse gab es in Polen (+22 PP), Rumänien (+19 PP), Spanien (+17 PP), Österreich (+15 PP) und Ungarn (+14 PP).

Die Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass es die Jung- und Erstwählerinnen und -wähler waren, die die Wahlbeteiligung nach oben getrieben haben: 42 Prozent der 16/18- bis 24-Jährigen geben an, an der Europawahl teilgenommen zu haben. Damit ist die Jugendbeteiligung um 50 Prozent gestiegen, verglichen mit 28 Prozent im Jahr 2014. Ebenso stark war die Wahlbeteiligung in der Altersgruppe der 25- bis 39-Jährigen, die um 12 Punkte von 35 auf 47 Prozent gestiegen ist. Die Wahlbeteiligung der Jung- und Erstwählerinnen und -wähler übertrifft alle für andere Altersgruppen registrierten Anstiege.

Die Nachwahlbefragung des Europäischen Parlaments wurde als Eurobarometer-Umfrage 91.5 durchgeführt. 27.464 Menschen aus der allgemeinen Bevölkerung ab 15 Jahren wurden von Kantar für das Europäische Parlament in allen 28 EU-Mitgliedstaaten persönlich befragt. Wahlbezogene Fragen wurden nur Teilnehmerinnen und Teilnehmern im wahlfähigen Alter von 18 Jahren und älter gestellt (außer 16+ in Österreich und Malta, 17+ in Griechenland). Die Feldarbeit fand vom 7. bis 26. Juni 2019 statt. Ein vollständiger Bericht sowie alle Ergebnisse und Daten werden vom Europäischen Parlament im September 2019 veröffentlicht.

• *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Europäisches Parlament wählt Ursula von der Leyen zur Präsidentin der EU-Kommission

Mit 383 Ja-Stimmen hat das Europäische Parlament am 16. Juli in einer geheimen Abstimmung Ursula von der Leyen als Präsidentin der nächsten Europäischen Kommission gewählt.

Ihr Amtsantritt ist für den 1. November 2019 für eine Amtszeit von fünf Jahren vorgesehen. Es wurden 733 Stimmen abgegeben, von denen eine ungültig war. 383 Abgeordnete stimmten für sie, 327 gegen sie und 22 enthielten sich der Stimme. Ursula von der Leyen ist die erste Frau in diesem Amt.

Im Parlament [sitzen derzeit 747 Mitglieder](#), gemäß den Mitteilungen an das Parlament von den Behörden der Mitgliedstaaten, die die Abgeordneten entsenden.

Demnach betrug die nötige erforderliche Mehrheit 374 Stimmen, mehr als 50% seiner Mitglieder. Präsident David Sassoli hat diese erforderliche Mehrheit bei der Verkündung des Ergebnisses bekannt geben. Die Wahl fand in geheimer Abstimmung per Stimmzettel statt.

Die gewählte Präsidentin der Europäischen Kommission wird nun die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten auffordern, ihre Kandidaten für die Posten der Kommissionsmitglieder vorzuschlagen. Die Anhörungen der Kandidaten in den zuständigen Ausschüssen des Parlaments sind für den Zeitraum vom 30. September bis 8. Oktober vorgesehen. Das gesamte Kollegium der Kommissare muss dann vom Parlament gewählt werden, voraussichtlich auf seiner Plenarsitzung vom 21. bis 24. Oktober. [Weitere Informationen finden Sie hier](#). • *eag Quelle: PM EP*



Das Europäische Parlament hat Ursula von der Leyen zur neuen Präsidentin der EU-Kommission gewählt © European Union 2019 – Source: EP"

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Stabwechsel im EU-Ministerrat - Finnland übernimmt Vorsitz bis Dezember



Zu Monatsbeginn hat Finnland den halbjährlich wechselnden Vorsitz im EU-Ministerrat übernommen. Die Mitte-links-Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Antti Rinne hat unter dem Motto „Nachhaltiges Europa, nachhaltige Zukunft“ vier Themenschwerpunkte gesetzt: Stärkung der gemeinsamen Werte und der Rechtsstaatlichkeit, Verbesserung der

Wettbewerbsfähigkeit der EU ohne soziale Ausgrenzung, eine führende Rolle der EU beim Klimaschutz und Sicherheit für die Bürger.

Die EU steht derzeit zudem vor besonders vielen Herausforderungen: Ende Oktober, zeitgleich mit dem geplanten Brexit, endet die Amtszeit der EU-Kommission und Ende November die des Präsidenten des Europäischen Rates. Auch stehen die komplexen Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU an. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 13/19*

Zur [Website der Ratspräsidentschaft](#)



Europäische Kommission – Sommerprognose 2019

Die kurzfristigen Aussichten für die europäische Wirtschaft werden von externen Faktoren wie weltweiten Handelsspannungen und erheblicher politischer Unsicherheit überschattet. Diese Situation belastet nach wie vor das Unternehmervertrauen im verarbeitenden Gewerbe, das von der Entwicklung des Welthandels am stärksten abhängig ist, und dürfte die Wachstumsaussichten für das verbleibende Jahr schwächen. Zu diesem Ergebnis kommt die EU-Kommission in ihrer am 10. Juli vorgestellten Wirtschaftsprognose für den Sommer 2019. Dennoch ist für die Wirtschaft in Europa im Jahr 2019 zum siebten Mal in Folge mit einem Zuwachs zu rechnen, was auf sämtliche Mitgliedstaaten zutreffen dürfte.

Im ersten Quartal des Jahres fiel das Wachstum im Euro-Währungsgebiet stärker als erwartet aus. Dies war auf eine Reihe temporärer Faktoren zurückzuführen, beispielsweise den milden Winter und eine Erholung bei den Automobilverkäufen. Wachstumsfördernd waren auch haushaltspolitische Maßnahmen, durch die das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in mehreren Mitgliedstaaten anstieg.

Die Prognose für das BIP-Wachstum im Euro-Währungsgebiet im Jahr 2019 liegt unverändert bei 1,2 Prozent, während die Prognose für 2020 angesichts des für die restlichen Monate dieses Jahres erwarteten moderateren Tempos leicht auf 1,4 Prozent gesenkt wurde (Frühjahrsprognose: 1,5 Prozent). Die BIP-Prognose für die EU insgesamt bleibt mit 1,4 Prozent im Jahr 2019 und 1,6 Prozent im Jahr 2020 unverändert.

Diese Prognose basiert auf einer Reihe technischer Annahmen über Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise mit Stichtag 28. Juni. Bei allen weiteren eingehenden Daten werden in dieser Prognose Informationen bis zum 2. Juli berücksichtigt.

Die Kommission veröffentlicht jedes Jahr vier Wirtschaftsprognosen. Die Winter- und Sommerprognosen enthalten lediglich jährliche und vierteljährliche BIP- und Inflationsdaten für das laufende Jahr und das Folgejahr für alle Mitgliedstaaten und den Euroraum sowie die aggregierten Angaben für die EU insgesamt.

Die nächste Wirtschaftsprognose der Europäischen Kommission wird die Herbstprognose im November 2019 sein. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [Wirtschaftsprognose Sommer 2019: Wachstum von externen Faktoren überschattet](#)

Die Pressekonferenz mit Pierre Moscovici ist über [Europe by Satellite](#) abrufbar.

Gesamtes Dokument: [Prognose Sommer 2019](#)

[Faktenblatt Wirtschaftsprognose Sommer 2019](#)



Ausschuss der Regionen – Konferenz der Kohäsionsallianz für eine starke und wirksame Kohäsionspolitik nach 2020

Am **10. Juli 2019** fand eine Konferenz der Kohäsionsallianz im Ausschuss der Regionen (AdR) statt, um im Kontext der im Herbst fortzusetzenden Verhandlungen über die EU-Strukturfonds und der Konstituierung des neuen Europäischen Parlaments einen Dialog über die Kernforderungen der Allianz für eine starke Kohäsionspolitik nach 2020 zu führen. Sachsen-Anhalt wurde hierbei von Herrn **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR und Berichterstatter einer Reihe an kohäsionspolitischen AdR-Stellungnahmen, darunter aktuell zum Entwurf der Kommission zur Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020.

AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz eröffnete die Veranstaltung und zeichnete zu Beginn die Entstehung der Kohäsionsallianz nach, die im Wesentlichen auf der Stellungnahme von Herrn StS Dr. Schneider zur KHP nach 2020 beruhe. Insbesondere habe man damit auf ein Papier der



Kommission reagiert, das eine Förderung nur für die wirtschaftsschwächsten Regionen Europas und eine Abschaffung der Übergangsregionen vorsah. Mit Blick auf die Zukunft fordere der AdR wie das Parlament einen umfassenden mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der den Vorschlag der Kommission übersteige. Die Kohäsionsallianz freue sich über den Schulterschluss mit dem EP, der sich durch dessen Forderung der Stärkung des Partnerschaftsprinzips in der Kohäsionspolitik und die Anwesenheit des neuen Vorsitzenden des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) im Parlament äußere.

Herr Staatssekretär Dr. Schneider umriss die zentralen Erfolge der Kohäsionsallianz, die sich mittlerweile über mehr als 11.600 Unterstützer, darunter 121 Regionen, 136 Städte und Bezirke sowie 35 europäische Verbände, erfreuen könne. Hiermit habe man eine positive politische Debatte über die Kohäsionspolitik zur Abwehr der von der Kommission ursprünglich in Aussicht gestellten schwerwiegenden Kürzungen erreicht. Weitere Kernforderungen der Kohäsionsallianz seien ebenfalls berücksichtigt worden, darunter z. B. mehr Vereinfachung und Flexibilität in der Implementierung der Strukturfonds. Die Kohäsionsallianz stelle daher – nicht zuletzt aufgrund ihres europaweiten Zuspruchs – eine einzigartige und erstmalige Errungenschaft dar. Angesichts der aktuell beginnenden Entwurfsphasen der Programmplanung für 2021-2027 komme die Veranstaltung zu einem guten Zeitpunkt, um mit den Forderungen der Kohäsionsallianz die richtigen Weichen für die nächste Förderperiode zu stellen.

In weiteren Paneldiskussionen wurden einschlägige kohäsionspolitische Themen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, darunter die Bedeutung der Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Programmierung und Implementierung der Strukturfonds. Eine Reihe an europäischen Verbänden plädierte für eine stärkere Fokussierung der Fonds auf die größten gesellschaftlichen Herausforderungen Europas, darunter der demografische Wandel, Digitalisierung, Bildung, Daseinsvorsorge und Klimawandel. Als



Richtschnur sollten dabei die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen dienen. Um die Wirksamkeit der Politik zu erhöhen, müsse die aktuelle Komplexität durch Vereinfachung in der Projektabwicklung abgebaut werden. • *df*

EuGH stellt Verstoß gegen Dienstleistungsrichtlinie fest

Deutschland muss seine Honorarordnung (HOAI) für Architekten und Ingenieure abschaffen. Verbindliche Honorare für diese Berufsgruppen vorzuschreiben, ist nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs ein Verstoß gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Deutschland habe nicht nachgewiesen, dass mit den in der HOAI vorgesehenen Mindestpreisen die Qualität einer Dienstleistung und der Verbraucherschutz sichergestellt werden können, urteilte der EuGH. Die Regelung sei vielmehr inkohärent, da Planungsleistungen nicht nur von Architekten und Ingenieuren erbracht werden könnten, sondern auch von Dienstleistern, ohne dass diese ihre fachliche Qualifikation nachweisen müssten. Auch mit Blick auf Höchstpreise habe Deutschland nicht begründet, dass diese nicht durch andere, „weniger einschneidende“ Regelungen ersetzt werden könnten. In der Dienstleistungsrichtlinie sind Preisvorgaben zwar nicht völlig untersagt, müssen sich aber mit zwingenden Gründen des Allgemeininteresses rechtfertigen lassen und verhältnismäßig sein.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 13/19*



Zum [Urteil des Gerichtshofs](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Urlaub im EU-Ausland - Kostenlose Apps leisten konkrete Hilfe

Ob Flugverspätung, Ärger im Hotel, unbekannte Verkehrsregeln oder defekte Reise-Mitbringsel: Für kostenlose Hilfe stehen Apps des Europäischen Verbrauchersentrums Deutschland zur Verfügung. Die Reise-App informiert über rechtliche Fragen, listet Adressen und Telefonnummern für Notfälle auf und bietet Übersetzungen einschlägiger Sätze in 25 Sprachen an.

Eine weitere App informiert über Verkehrsregeln in den EU-Staaten für Pkw und Wohnmobil und wie man bei einem Unfall vorgehen sollte. Wer sich über beschädigte Souvenirs ärgert, kann eine App mit Tipps zu Reklamationen und Onlineeinkäufen zu Rate ziehen. Eine App erteilt Studenten, Praktikanten oder Au-Pairs Ratschläge etwa zu Meldepflichten, Mietverträgen, Jobsuche oder Kontoeröffnungen in 15 EU-Staaten. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 13/19*



Zur [Website](#) des Europäischen Verbrauchersentrums

Airbnb sorgt für klare Informationen auf seiner Website

Nach Gesprächen mit der Europäischen Kommission hat die Plattform Airbnb die Art und Weise verbessert, wie sie Unterkunftsangebote auf ihrer Website darstellt. Diese entspricht nun den Normen des EU-Verbraucherrechts, gab die Europäische Kommission am 11. Juli bekannt. Unter anderem sehen Nutzer bei der Suche nach Unterkünften an bestimmten Daten jetzt den Gesamtpreis, einschließlich aller obligatorischen Gebühren und Abgaben. Die Europäische Kommission und Verbraucherschutzbehörden hatten Airbnb im Juli 2018 zu Verbesserungen aufgefordert.

Airbnb ging auf alle Forderungen der Europäischen Kommission und der nationalen Verbraucherschutzbehörden unter Federführung der [norwegischen Verbraucherbehörde](#) ein, um seine Praktiken und Geschäftsbedingungen voll und ganz mit den EU-Verbraucherschutzvorschriften in Einklang zu bringen.

Hier ein Überblick über die wichtigsten Verbesserungen und Änderungen:

- Bei der Suche nach Unterkünften zu ausgewählten Daten sehen die Nutzer auf der Ergebnisseite den Gesamtpreis, einschließlich aller obligatorischen Gebühren und Abgaben (z. B. Servicegebühren, Reinigungsgebühren und lokale Steuern). Es gibt somit keine bösen Überraschungen mehr in Form von obligatorischen Gebühren, die auf später angezeigten Seiten erscheinen.
- Airbnb weist deutlich aus, ob eine Unterkunft von einem privaten oder einem gewerblichen Anbieter auf den Markt gebracht wird.
- Airbnb bietet auf seiner Website einen leicht zugänglichen Link zur Plattform für die [Online-Streitbeilegung](#) sowie alle erforderlichen Informationen im Zusammenhang mit der Streitbeilegung.

Airbnb hat auch seine Geschäftsbedingungen geändert:



- Die Plattform stellt klar, dass die Nutzer das Recht haben, vor den Gerichten ihres Wohnsitzlandes gegen Airbnb zu klagen .
- Sie wahrt das grundlegende Recht der Nutzer, einen Gastgeber im Fall eines persönlichen Schadens oder sonstiger Schäden zu verklagen .
- Sie verpflichtet sich, nicht einseitig die Geschäftsbedingungen zu ändern, ohne die Verbraucher vorab klar zu informieren und ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, den Vertrag zu stornieren.
- *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Weiterführende Informationen zu den von Airbnb vorgenommenen Änderungen und den Maßnahmen zur Durchsetzung von Verbraucherrechten](#)

[Factsheet mit den von Airbnb vorgenommenen Änderungen](#)

[Pressemitteilung zum Treffen mit Airbnb](#) — September 2018

[Pressemitteilung zu den Maßnahmen gegen Airbnb](#) — Juli 2018

EU investiert 50 Millionen Euro in Exzellenzzentren für künstliche Intelligenz

Die Europäische Kommission hat am 11. Juli eine neue [Aufforderung](#) zur Einreichung von Vorschlägen für den Aufbau eines dynamischen europäischen Netzwerks von Exzellenzzentren für künstliche Intelligenz veröffentlicht. Ziel ist es, die Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Forschungsgemeinschaft für künstliche Intelligenz (KI) zu verbessern und den technologischen Fortschritt im Bereich der KI zu fördern.

Die Aufforderung, die Teil des Arbeitsprogramms des [Forschungsprogramms Horizont 2020](#) für den Zeitraum 2018-2020 ist, soll Forschungsteams in Europa ermutigen, ihre Kräfte zu bündeln, um die großen wissenschaftlichen und technologischen Herausforderungen anzugehen, die die Einführung von KI-basierten Lösungen behindern. Sie besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil zielt darauf ab, Forscher in europäischen Netzwerken von Exzellenzzentren zusammenzubringen, die sich mit wichtigen KI-Themen befassen werden. Jedes Netzwerk soll sich auf wichtige wissenschaftliche oder technologische Herausforderungen mit industrieller Relevanz konzentrieren. Der zweite Teil zielt darauf ab, die Koordination und den Austausch zwischen den ausgewählten Projekten und anderen Initiativen zu fördern. Im Vordergrund stehen die Entwicklung von Doktorandenprogrammen, die Integration der KI in die Lehrpläne (auch in nicht-digitalen Kursen) und die Organisation von Praktika. Darüber hinaus wird eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Industrie erwartet, um ein Ökosystem aus Forschungs- und Entwicklungsressourcen sowie Fachwissen und Infrastruktur in Bereichen wie Supercomputing, Robotikanlagen und Internet der Dinge zu fördern.

Die Kandidaten können ihre Vorschläge **bis zum 13. November 2019** einreichen. Die Aufforderung folgt auf die jüngste Ankündigung der Investition von 20 Mio. Euro für die Gründung von [AI4EU](#), einer Online-Plattform, die den Austausch von KI-Tools und -Ressourcen in ganz Europa im Einklang mit der europäischen KI-Strategie ermöglicht.

- *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 11. Juli 2019](#)

[Website Künstliche Intelligenz](#)



Handel - EU und USA setzen gegenseitige Anerkennung von Inspektionen im Arzneimittelsektor um

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben am 12. Juli ein weiteres Element der [Gemeinsamen Erklärung](#) umgesetzt, auf die sich EU-Kommissionspräsident Juncker und US-Präsident Trump im Juli 2018 verständigt hatten. Konkret geht es um die gegenseitige Anerkennung von Inspektionen im Arzneimittelsektor. Beide Seiten können Arzneimittel so schneller und kostengünstiger auf den Markt bringen.

Ab sofort wird auch die Befreiung von der Chargenprüfung gelten. Das bedeutet, dass die qualifizierten Personen im EU-Arzneimittelunternehmen von ihrer Aufgabe entbunden werden, Qualitätskontrollen durchzuführen, wenn diese bereits in den USA durchgeführt werden.

In der Gemeinsamen Erklärung hatten sich beide Seiten darauf verständigt, Hemmnisse abzubauen und den Handel in einer Reihe von Sektoren zu steigern. Dazu gehört auch der Arzneimittelsektor. Mit der heutigen Anerkennung der Behörden der Slowakei und somit der Behörden des letzten EU-Mitgliedstaats, US-Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelzulassungsbehörde [FDA](#) ist das Abkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten über die gegenseitige Anerkennung [MRA](#) für die Inspektion von Herstellungsstätten für Humanarzneimittel in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet vollständig umgesetzt.

Dieses Abkommen über die gegenseitige Anerkennung wird durch robuste Daten untermauert, die belegen, dass die EU und die USA vergleichbare Verfahren zur Durchführung von Inspektionen gemäß der [guten Herstellungspraxis](#) für Humanarzneimittel anwenden.

Auf Europa und die USA entfallen zusammengenommen mehr als 80 Prozent des weltweiten Absatzes neuer Arzneimittel. Aufgrund der vollständigen Umsetzung dieses Abkommens könnten sowohl die Industrie als auch die öffentlichen Stellen beider Seiten die dadurch frei werdende Mittel zur Inspektion von Einrichtungen in anderen großen Erzeugerländern nutzen. Die Arzneimittelindustrie ist ein strategischer Sektor, in dem die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA im Regulierungsbereich sehr viel weiter fortgeschritten ist als in den meisten anderen Sektoren. Seit Mai 2014 haben Teams der Europäischen Kommission, der zuständigen nationalen Behörden der EU, der Europäischen Arzneimittel-Agentur [EMA](#) und der US-Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelzulassungsbehörde die jeweiligen Aufsichtssysteme geprüft und bewertet. Die US-Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelzulassungsbehörde hat inzwischen alle zuständigen nationalen Behörden der EU positiv bewertet.

Die Arbeiten zur Umsetzung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung werden fortgeführt, um den operativen Anwendungsbereich auf Tierarzneimittel, Humanimpfstoffe und aus Plasma gewonnene Arzneimittel auszudehnen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA): [Pressemitteilung](#) und [Fragen und Antworten](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Sachsen-Anhalt bei der Vorstellung der Institute des deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums in den ostdeutschen Bundesländern vertreten



Am **9. Juli** veranstaltete das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR) gemeinsam mit dem Brüsseler Informationsbüro Mecklenburg-Vorpommerns seinen jährlichen Empfang im Zentrum der Regionen Brüssel. Dieses Jahr stand die Veranstaltung im Zeichen der Darstellung der Forschungsschwerpunkte der DLR-Institute in den ostdeutschen Bundesländern. Sachsen-Anhalt wurde dabei von **Staatssekretär Dr. Jürgen Ude** des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-

Anhalt und Herrn **MdEP Sven Schulze** (CDU) vertreten.

Im ersten Panel wurde mit Prof. Dr. Rolf Henke, Vorstandsmitglied des DLR, StS Dr. Ude und Herrn MdEP Schulze das neue Nationale Erprobungszentrum für Unbemannte Luftfahrtssysteme und Drohnenforschung in Cochstedt, Sachsen-Anhalt, diskutiert. Durch die Lagevorteile in der Mitte Deutschlands solle der Standort zum Zentrum eines Netzwerks entwickelt werden. Das DLR wolle ein Pilotzentrum und ein Angebot für die Ansiedlung von Start-Ups und die Interaktion mit Zulassungsbehörden schaffen.

Herr StS Dr. Ude lobte das Engagement des DLR in der Region und die Entwicklung des seit längerer Zeit brachliegenden Standorts und setzte sich für eine Vertiefung des Leitthemas Mobilität im Rahmen der strategischen Innovationspolitik Sachsen-Anhalts bis 2030 ein. Er plädierte für einen entsprechenden Ausbau des Standorts zur Etablierung einer Start-Up-Szene, wofür auch die Städtepartnerschaft Magdeburg-Braunschweig hilfreich sein könne.

Herr MdEP Schulze begrüßte ebenfalls die Nachnutzung des Flughafens in seiner unmittelbaren Nachbarschaft. Hierdurch sei es gelungen, die Bedeutung Sachsen-Anhalts als Vorreiter für technologische Zukunftsthemen auch auf der europäischen Ebene zu platzieren. Mit seinem politischen Engagement im Ausschuss für Forschung und Entwicklung des EU-Parlaments werde er für eine Platzierung der Themen im zukünftigen Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ werben. • *mr/df*





Bruxelles Les Bains / Brussel Bad heißt 2019: Hello Summer



Aufgrund von Bauarbeiten entlang des Kanals wird die nächste Auflage von Bruxelles les Bains in „Hello Summer“ transformiert und findet in der Zeit vom 25. Juli bis 25. August 2019 an 4 verschiedenen Orten statt:

- 25 Juli bis 4. August - à la Cité administrative (Rue Royale, colonne du soldat inconnu)
- 8. bis 11. August - au square Ambiorix (Quartier européen)
- 15. bis 18 August - à la place Peter Benoit (Neder-Over-Heembeek),
- 22. bis 25. August - au square Léopold (Laeken).

Sport, Musik, Tanz und vielfältige Aktivitäten werden geboten.

• eaq Quelle: *Internet [Link](#)*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL (EPSO) Bekanntmachung eines allgemeinen Auswahlverfahrens EPSO/AST-SC/08/19 — SAALDIENER DES PARLAMENTS (m/w) (SC 1/SC 2)
Fundstelle: Abl.	C 233 vom 11. Juli 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:233:FULL&from=DE C 233 A vom 11. Juli 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:233A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	10. September 2019
Antragsunterlagen:	Weitere Informationen finden Sie auf der EPSO-Website: https://epso.europa.eu/ Bewerben Sie sich online über die EPSO-Website http://jobs.eu-careers.eu

Gegenstand:	RAT Stellenausschreibung CONS/AD/148/19 Direktor / Direktorin
Fundstelle: Abl.	C 235 A vom 12. Juli 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:235A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	4. September 2019
Antragsunterlagen:	Bewerbungen sind bis zum Schlusstermin per E-Mail anapplications.management@consilium.europa.eu zu senden

Praktikant (in) im Verbindungsbüro des Bankenverbandes Brüssel (ab Oktober 2019)

Der Bankenverband mit Sitz in Berlin ist einer der großen Wirtschaftsverbände Deutschlands. Er vertritt die Interessen der in Deutschland tätigen privaten Banken und FinTechs auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Die Dauer des Praktikums beträgt zwei bis drei Monate und wird in der Zeit von Oktober bis Dezember 2019 durchgeführt.

Das Verbindungsbüro Brüssel des Bankenverbandes initiiert, koordiniert und unterstützt die Verbandsaktivitäten auf europäischer Ebene. Zu den Aufgaben zählen die Beobachtung und Beurteilung der aktuellen politischen Entwicklungen und europäischen Gesetzesinitiativen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Aktivitäten der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates.



Der Schwerpunkt

des Praktikums liegt im Bereich der europäischen Rechtsetzung für Finanzdienstleistungen. Sie lernen in Ihrer Praktikumszeit das Verfahren der europäischen Gesetzgebung, die Zusammenarbeit der Europäischen Institutionen und die Interessenvertretung der Wirtschaftsverbände und der in Brüssel aktiven Unternehmen näher kennen. Sie unterstützen die Experten des Bankenverbandes in Brüssel und Berlin bei der Analyse von Legislativvorschlägen und durch Informationsrecherche und -bewertung.

Anforderungen und Erwartungen:

- Fortgeschrittenes Studium der Rechtswissenschaften, der Wirtschaftswissenschaften bzw. ein vergleichbares Studium,
- sichere Deutsch- und Englischkenntnisse; bevorzugt auch Französischkenntnisse,
- verbindlicher, kooperativer Arbeitsstil,
- selbstständiges Arbeiten und Organisationsgeschick,
- Kontaktfreudigkeit und Kommunikationsstärke.

Weitere Informationen:

<https://bankenverband.de/ueber-uns/stellenangebote/praktikant-gn-im-verbindungs-buro-brussel/>

Bundesverband deutscher Banken

Avenue des Arts 56, 1000 Brüssel

Telefon / Phone: +32 2 788 2200

Fax: +32 2 788 2209

Mailto: germanbanks_brussels@bdb.de

Web: <http://www.bankenverband.de>

15

Reinigungsdienstleistungen für Räumlichkeiten des EU-Hauses

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland führt auch im Namen des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland ein nicht offenes Ausschreibungsverfahren für einen Direktvertrag über die Erbringung von Reinigungsdienstleistungen durch.



Ausschreibung Nr. COMM/BER/2019/RP/0015

Los 1: Deutschland – Berlin – Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Reinigungsdienstleistungen für die Räumlichkeiten des EU-Hauses in Berlin, Deutschland.

Los 2: Deutschland – Bonn – Bertha-von-Suttner-Platz 2-4, 53111 Bonn

Reinigungsdienstleistungen für die Räumlichkeiten des Regionalbüros der Europäischen Kommission in Bonn, Deutschland.

Unternehmen, die an der Ausschreibung interessiert sind, lesen hierzu die Mitteilung Nr. 2019/S 128-311716, Veröffentlichung im Amtsblatt der EU, Reihe S vom 5. Juli 2019. Die Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme an der Ausschreibung endet am 30. Juli 2019. Die Unterlagen zu der vorgenannten Ausschreibung werden auf folgender Webseite veröffentlicht:

- *eag Quelle: EU-Nachrichten 13/19*



Zur [Ausschreibung](#)

EU-Arbeitsmarktbehörde - Kommission veröffentlicht erste Stellenausschreibungen

Nachdem Mitte Juni Bratislava den Zuschlag als Sitz der neuen EU-Arbeitsmarktbehörde (ELA) erhalten hat, beginnt nun die Suche nach geeignetem Personal. Die EU-Kommission hat am 5. Juli die ersten sechs Stellenausschreibungen veröffentlicht und auch eine Internetseite für die ELA freigeschaltet. Da in Bratislava noch keine Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, wird die ELA derzeit in Brüssel aufgebaut. Mitte Oktober soll sie ihre Geschäfte aufnehmen und ein Arbeitsprogramm vorstellen. Bis 2024 soll die ELA vollständig einsatzbereit sein und rund 140 Beschäftigte haben.

Die Behörde soll die Zusammenarbeit nationaler Arbeitsagenturen verbessern, Lösungen bei Streitfällen suchen und zum Kampf gegen Betrug beitragen. Die ELA wird nach Angaben der EU-Kommission ein jährliches Budget von rund 50 Millionen Euro haben. Über 17 Millionen EU-Bürger leben oder arbeiten in einem anderen EU-Mitgliedstaat als dem Staat ihrer Herkunft.



- *eag Quelle: EU-Nachrichten 13/19*

Zur [Website der ELA](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Geschäftliches Gesuch Schweden	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Schwedischer Distributor sucht neue Marken im Beauty- und Gesundheitssegment für Vertrieb auf dem nordischen Markt</p> <p>Ein schwedischer Distributor, der sich auf Vertrieb und Marketing spezialisiert hat, sucht nach Marken im Bereich Haarpflege, Hautpflege, Körperpflege, zahnärztliche Versorgung, umweltfreundliche Gesundheits- und Schönheitsprodukte sowie Papierprodukte, die in den nordischen Markt einsteigen möchten. Das Unternehmen bietet Vertriebs- und Handelsvertreterverträge an, um sein Portfolio an oben genannten Produkten zu erweitern. Das Unternehmen verfügt über etablierte Kanäle zu allen großen Einzelhandelsketten in Skandinavien (Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland und Island), umfangreiche Erfahrung im internationalen Handel, große Lagerhallen sowie E-Commerce-Kanäle und -Lösungen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/f8cef6a8-fadd-4dd2-a49a-cdec616108c6</p> <p>Referenznummer: BRSE20190625001</p>



<p>Forschungsge such Eurostars Belgien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Belgisches KMU sucht mittelgroßen (Industrie-) Partner mit zu hohem Energieverbrauch für Eurostars-Projekt</p> <p>Das belgische KMU, hat eine Energiemanagement-Plattform/Software für die (Prozess-)Industrie entwickelt. Durch fortschrittliche Modellierungstechniken ist es in der Lage, zu validieren, wie energieeffizient industrielle Prozesse sind. Auf diese Weise können Unternehmen bis zu 5-10 % CO2 einsparen und alle Energieflüsse auf eine einzige Produktebene verteilen. Die Plattform wird derzeit an einem der größten Pharma-Standorte in Belgien eingesetzt.</p> <p>Im Rahmen des Eurostars-Programms soll mittels maschinellen Lerntechniken der zukünftige Energieverbrauch sowohl für kontinuierliche als auch für Batch-Prozesse vorhergesagt werden können. Gesucht wird ein mittelgroßes/großes (Industrie-) Unternehmen, das im Bereich Life Science/Pharma (Sonstige) tätig ist und einen zu hohen Energieverbrauch aufweist, sodass die Plattform getestet und optimiert werden kann.</p> <p>Der Projektantrag soll im September eingereicht werden, sodass Interessensbekundungen schnellstmöglich eingereicht werden sollten.</p> <p>Nähere Informationen erhalten Sie auf Anfrage!</p>
<p>Geschäftliches Gesuch Kroatien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Kroatisches Unternehmen bietet den Vertrieb von Metallprodukten an</p> <p>Ein Unternehmen aus Kroatien, das im Bereich der Metallurgie tätig ist und sich auf die Herstellung von Metallprodukten, aber auch auf den Vertrieb spezialisiert hat, bietet potenziellen Partnern aus Europa und auch außerhalb Vertriebsvereinbarungen und Handelsvermittlungsdienstleistungen an.</p>



		Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/aacf5781-7d0d-4234-934a-d0eb9b925613?OrgaId=de00614 Referenznummer: BRHR20190426001
--	--	---

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Jeder Sachsen-Anhalter isst 12 belgische Pralinen pro Jahr!

Wittenberg/Halle (dpa/sa) - Jeder Sachsen-Anhalter hat voriges Jahr rein rechnerisch 12 belgische Pralinen gegessen. Das teilte das Statistische Landesamt am 10. Juli anlässlich des belgischen Königsbesuchs im Land mit. Insgesamt importierten die Belgier voriges Jahr 288 Tonnen ihrer süßen Spezialität nach Sachsen-Anhalt. Der Wert der gelieferten Pralinen belief sich laut Statistik auf 1,72 Millionen Euro. Doch die Lieferkette mit süßen Naschereien lief auch umgekehrt: Jeder der mehr als 11 Millionen Belgier konnte statistisch gesehen eine Praline aus Sachsen-Anhalt essen. In absoluten Zahlen entspricht das 164 Tonnen im Wert von 1,06 Millionen Euro.

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".



Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Ebenerdige Einstiege in Zügen, Aufzüge in hohen Gebäuden und Brailleschrift auf der Medikamentenverpackung. Das sind alltägliche und bekannte Beispiele für Barrierefreiheit oder auch Usability für möglichst viele Personengruppen. Im Juni 2019 trat eine Richtlinie zur Barrierefreiheit bei digitalen Angeboten in Kraft. Folglich ist das Thema des heutigen Quiz: Inklusion und Digitalisierung.





1. In diesem Jahr traten die europäischen Rechtsakte zur Barrierefreiheit in Form von Richtlinie 2019/882 in Kraft. Diese Richtlinie schreibt keine genauen technischen Voraussetzungen für Geräte und Webseiten vor, sondern strebt eine Vereinheitlichung der Vorschriften in diesem Bereich an. Wie teuer kommen dem Markt die im Moment noch unterschiedlichen Regelungen der verschiedenen Mitgliedsstaaten aktuell zu stehen?

- A) 20 Milliarden Euro
- B) 4 Millionen Euro
- C) 6 Milliarden Euro

2. Die App-Stores der Smartphones besitzen bereits viele hilfreichen Funktionen und/oder Apps, um Personen mit motorischen, Seh- oder Hörbehinderungen bzw. sprachlichen Einschränkungen zu unterstützen. So übertragen bestimmte Apps das gesprochene Wort des Gegenübers (oder des Dozenten) in Text, Freiwillige tragen auf Karten barrierefreie Orte ein, oder die App nennt dem Nutzer die Namen der Straßen vor und hinter ihm, sowie auf Wunsch die Hausnummer. Damit wird die aufwendige und teure Nutzung eines/r Dolmetschers/in oder andere Unterstützung minimiert. Wie viele Gebärdendolmetscher/innen gibt es in Deutschland?

- A) 5000
- B) 500
- C) 1400

21

3. Um Webseiten nutzen zu können, bedienen sich die meisten Blinden eines Screen Readers, d.h., das Programm liest den Text hörbar vor. Webdesigner müssen darauf achten und beispielsweise Bilder/Grafiken mit einem sogenannten Alternativtext ausstatten. Für Hörgeschädigte sind darüber hinaus Untertitel bei Audio und Videodateien wichtig. In welcher Form sind barrierefreie Webseiten aktuell meist vorhanden?

- A) gibt es nicht
- B) nur Text, d.h. ohne Bilder
- C) nur Text in einfacher Sprache



Lösung:

1.A) Der aktuelle Mehraufwand für Unternehmen und Mitgliedsstaaten der EU wird auf 20 Milliarden Euro geschätzt. Die vorgeschlagene Vereinheitlichung der genannten Rechtsakte würde diese Kosten um 45 bis 50% senken. Genannte Anwendungsbereiche sind unter anderem Geldautomaten, Ticket-Maschinen, Handys und der Onlinehandel (das heißt Websites und Ähnliches, sowie PC und TV Equipment).

2. B) Mit 500 Dolmetscher/innen auf 80.000 Gehörlose deutschlandweit, in Sachsen-Anhalt unter 50 Dolmetscher/innen, wird deutlich, dass Gehörlose oft ohne Unterstützung zurechtkommen müssen, da einfach nicht genug Dolmetscher/innen zur Verfügung stehen. Für Behördengänge, Vorlesungen und Arztbesuche kann ein/e Dolmetscher/in beantragt werden. Aber auch kulturelle Teilhabe soll ermöglicht werden, weshalb Gebärden-Dolmetscher/innen mittlerweile auch bei Musikfestivals zur Verfügung stehen.

3. B) Momentan sind die meisten barrierefreien Versionen von Webseiten lediglich eine Textdatei. Problematisch ist jedoch, dass diese oft nicht aktuell sind. Die Webseitenbetreiber stehen vor der Herausforderung, zwei Seiten gleichzeitig betreiben zu müssen, wodurch die barrierefreie Seite oft bei der Aktualisierung hinterher hängt. Aktuell wird versucht, beide Versionen zusammenzuführen, beispielsweise durch das Versehen von Grafikdateien mit Alternativtext und ähnlichen Maßnahmen.

22

Bei Fragen zur EU-Politik wenden Sie sich gerne an das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt/ Halle unter info@europedirect-halle.de.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Michael Reiche (MR)	Hospitant	...34	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.



SACHSEN-ANHALT

